

JUNGE ARMUT

Elisabeth Ohnemus

Einer von zehn erwachsenen ÖsterreicherInnen ist arm, bei den Kindern und Jugendlichen sind es jedoch zwei von zehn. Die stimmenstarke Lobby der Älteren hat die Verteilung der vorhandenen Mittel eindeutig zu ihren Gunsten ausfallen lassen. Dieses Ungleichgewicht schafft Aggressionen und gefährdet den Generationenvertrag.

Der Begriff von der „Infantilisierung der Armut“ ist zum Schlagwort geworden. Er trifft zu, weil sich tatsächlich die Armut von den Alten auf die Jungen verlagert hat: Jedes fünfte Kind, aber nur jeder zehnte erwachsene oder alte Mensch lebt heute in Österreich an oder unter der Armutsgrenze. Der Begriff trifft aber auch nicht zu, besser: nicht ganz, denn tatsächlich sind die betroffenen „Kinder“ nicht nur Kinder, sondern auch Jugendliche und junge Erwachsene.¹

270.000 arme „Kinder“ in Österreich (das sind ein Fünftel aller „Kinder“) lassen sich eruieren, indem die zum Empfang von Familienbeihilfe berechtigenden Mitglieder jener Haushalte zusammengezählt werden, die über weniger als 50 Prozent des Durchschnitts-Einkommens verfügen - so die gegenwärtig übliche Erhebungsmethode. Ein armes „Kind“ ist demnach auch der 26-jährige Student, nicht aber der 16-jährige Arbeiter oder die 18-jährige alleinerziehende Angestellte. Es ist auch nicht die 10-jährige Schülerin, deren Eltern zwar über mehr als 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens verfügen, fast alles aber selbst verbrauchen: Die Frage der Verteilung innerhalb von Haushalten steht nicht zur Debatte. Das Problem hinter dem Erhebungs- und Begriffsproblem tritt deutlich zutage: Kinder und Jugendliche gelten in Sachen gesellschaftlicher Verteilung nicht als eigene Subjekte. Wo es um Mittel und Ressourcen geht, werden sie „in die Familie hineindelegiert“. Hinzu kommt, dass keine Einigkeit darüber besteht, wo das Ende der Jugendphase anzusetzen ist. Infolge längerer Ausbildungszeiten und damit verzögerter Existenzgründungen rechnen ihr manche Experten auch noch junge Väter und Mütter Anfang dreißig zu. Das Spektrum der „jungen Armen“ ist also breit gefächert.

Relativ klar lässt sich noch das Segment der Kinder beschreiben. Ihre Armut hängt ausschließlich von der Armut der Eltern bzw. des Haushaltes ab, in dem sie leben. Und da rangiert die Arbeitslosigkeit an erster Stelle der Armutsfaktoren: Arbeitslosigkeit erhöht das Armutsrisiko auf das Fünffache. Außerdem steigt es mit der Zahl der Kinder, erreicht bei drei Kindern 20 Prozent, wenn beide Elternteile verdienen, und 46 Prozent bei nur einem Erwerbstätigen in der Familie. Niedrige Löhne wirken ebenfalls drastisch: drei Viertel der Arbeiterfamilien mit drei Kindern und zwei Drittel derer mit zwei Kindern liegen unter der Armutsgrenze. Insgesamt stammt die Hälfte der armen und armutsgefährdeten Kinder aus Arbeiterfamilien, ein Viertel aus Angestellten- und Beamtenfamilien und elf Prozent aus Bauernfamilien.

WIE WIRD ARMSEIN ERLEBT?

Über die subjektive Wahrnehmung von Armut bei Kindern im vorpubertären Alter gehen die Meinungen der Experten auseinander. Die einzige in Österreich vorliegende Studie dazu hat 1991 der Soziologe Johann Bacher von der Universität Linz durchgeführt. Im Rahmen des Forschungsprojekts „Kindsein in Österreich“ hat er 2.800 Kinder der vierten Volksschulklasse zu den Auswirkungen von Einkommensarmut befragt - und kaum einen statistisch nachweisbaren Einfluss von Armut auf das Wohlbefinden festgestellt. Fachleute aus der Praxis widersprechen heftig und verweisen auf den deutlich spürbaren und auch artikulierten Leidensdruck von Kindern, die aufgrund materieller Armut soziale Ausgrenzung erleben müssen.

Wer arm ist, wird zum Außenseiter: Das geschieht etwa dort, wo der Schulschikurs ausfällt und nach den Ferien keine Story von tollen Meeresabenteuern erzählt werden kann: zwei Drittel aller armen und armutsgefährdeten Haushalte können sich keine Urlaubsreisen leisten. Ausgrenzung ereignet sich auch, wenn sich Kinder wegen der beengten Wohnverhältnisse keine Freunde einzuladen trauen: Drei Viertel der Ausgaben in armutsgefährdeten Haushalten entfallen auf Ernährung, das restliche Viertel muss die Kosten für Wohnung, Bildung und Verkehr decken. Soziale Ausgrenzung geschieht, wenn Buben und Mädchen von Freizeitveranstaltungen ausgeschlossen bleiben und damit den An-

¹ Diese begriffliche Unschärfe spiegelt bereits die größte Problematik im Umgang mit der „jungen Armut“: Forschungs- und Datenlage sind katastrophal, das Phänomen kann infolgedessen nur unzureichend erfasst, artikuliert und – noch schwerer – lösungsorientiert diskutiert werden.

schluss an die Kinderkultur verlieren - ein besonders großes Problem in Städten, in denen es an gratis zugänglichem öffentlichem Raum mangelt. Und soziale Ausgrenzung geschieht dort, wo Kinder Scham- und Schuldgefühle von Eltern auf sich selbst übertragen und ihre Bedürfnisse unterdrücken. Soziologen sprechen von „multipler Deprivation“ armer Kinder, die sich fortsetzt: Folgen des Rückzugs aus dem sozialen Netz sind wiederum geringere Teilhabechancen, weil der Zugang zu sozialer Kommunikation, zur Entwicklung von Sprache und Artikulationsvermögen und letztlich zu politischer Mitwirkung versperrt bleibt.

Dass Armut daneben auch heute noch drastische physische Mängel bewirken kann, ist ein eher dunkles Kapitel. Verwahrlosung, Krankheit und Unterernährung bleiben der Öffentlichkeit weitgehend verborgen, weil einerseits verschämte Eltern ihre Nöte verheimlichen und andererseits Erzieherinnen in Kindergärten und Horten meist stillschweigend auszubügeln versuchen, was sich ihnen offenbart: da werden Kinder in der Früh zuerst einmal geduscht und umgezogen, und bei den Mahlzeiten wird ordentlich zugefüttert. Nicht davon profitiert übrigens jene wachsende Zahl von Kindern, die wegen Geldmangels gar nicht mehr in einen Kindergarten geschickt werden.

Weit drastischer als auf Kinder wirkt sich Armut jedoch auf Jugendliche aus. Ihnen gilt materieller Besitz als wesentliches identitätsstiftendes Element. Die aktuelle CD-Sammlung, bestimmte Modemarken definieren das kulturelle, generationale Selbstverständnis, und wer nicht teilhat, ist „out“. Eine Position, die - deutschen Armutsstudien zufolge - eine „signifikant höhere Morbidität“ nach sich zieht: geringes Selbstvertrauen, Ängstlichkeit und Hilflosigkeit. Hinzu kommt eine Entkoppelung von Konsum und Leistung. Es stellt sich nicht mehr die Frage, woher die Mittel für Waren stammen, der moralische Anspruch lautet vielmehr: Die Waren müssen gekauft werden. Werte verschieben sich. Die elterliche Parole „Leiste was, dann kriegst du was“ kollidiert mit der Erfahrung des Hauptschülers, trotz brav erbrachter Vorzeigenoten vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu bleiben - kein „Einstieg“, und erst recht kein „Aufstieg“; der erweist sich als Mythos, wie Zahlen der Sozialforschung bestätigen: 80 Prozent aller Kinder und Jugendlichen bleiben im sozialen Milieu, in das sie hineingeboren wurden, verhaftet.

JUNG UND ARBEITSLOS

Fast gar kein wissenschaftlichen Daten liegen für die Situation armer Junger jenseits des Kindesalters vor. Nur mühsam lässt sich ein Datenpuzzle aus Teiluntersuchungen wie Arbeitslosen- und Lehrlingsstatistiken zusammenbasteln, wobei jene Jugendlichen, die niemals in eine Ausbildung oder einen Job gefunden haben, dabei gänzlich unter den Tisch fallen. Zahlen aus Deutschland zeigen, dass die Sozialhilfeabhängigkeit von Personen im erwerbsfähigen Alter besonders in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen angestiegen ist, und auch in Österreich sieht es nicht gut aus: 21 Prozent der Arbeitslosen waren im März 1997 jünger als 25 Jahre, wobei die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen mit 11,7 Prozent aller Arbeitslosen noch stärker betroffen war als die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen mit 9,4 Prozent. Verschärfender Aspekt hinsichtlich der Armutsgefährdung der Jungen am Arbeits(-losen)markt: Immer schwieriger wird es für Jugendliche, überhaupt die Versicherungszeiten zusammenzubringen, die notwendig sind, um die - infolge der Sparpakete noch schwerer erreichbare - Anwartschaft zum Erhalt des Arbeitslosengeldes zu erlangen. Infolgedessen steigen junge Arbeitslose durchschnittlich schlechter aus als ältere.

Hinzu kommt die alarmierende Zäsur am Lehrstellenmarkt von vor drei Jahren: Erstmals hat 1995 die Zahl der Lehrstellensuchenden jene der Lehrstellenangebote überschritten und damit die Schere auch im quantitativen Bereich geöffnet. Das Argument, Jugendliche seien zu „wählerisch“ und nähmen nur nicht, was doch zu kriegen sei, hat an Zynismus gewonnen. Dies umso mehr, als sich Wirtschaftstreibende beharrlich weigern, markt- und zukunftsorientierte Verbesserungen in der Lehrlingsausbildung anzugehen. Dazu zählt etwa die Zusammenfassung von einzelnen Sparten zu Flächenberufen, Auf- und Ausbau des Fremdsprachenangebots oder die Schaffung neuer Lehrberufe in den Bereichen Soziales, Ökologie und neue Medien. Betroffen von Fortschritt oder Stagnation in dieser Frage sind immerhin rund 50 Prozent aller in Ausbildung befindlichen Jugendlichen in Österreich, die den dualen Weg gewählt haben. Sie stehen unter dem Druck des Strukturwandels in der Wirtschaft, der weg vom Produktions- und hin zum Dienstleistungsbereich führt und immer mehr Flexibilität und Mobilität fordert. Karriere mit Lehre, sind sich Experten einig, kann es nur dort geben, wo in mehr und zielgerichteter Bildung investiert wird. Nicht selten werden die Kosten dafür allerdings auf den Jugendlichen selbst umgewälzt. Lehrstellen für Masseure gab es im vergangenen Herbst beispielsweise in Niederösterreich keine, dafür hat das Arbeitsamt interessierten Jugendlichen Broschüren mit Kursangeboten zur Erreichung des Lehrabschlusses zugeschickt: das Diplom zu 70.000 Schilling.

PER ZEUGNIS "ABGESTEMPELT"

„Mangelnde Bildung“ ist ein Armutsfaktor, der häufig mit zwei anderen Gefährdungen zusammentrifft: dem Ausländer-Sein und dem Frau-Sein. Ausländische Jugendliche weisen im Vergleich zu ihren inländischen Altergenossen eine deutlich geringere Bildungsbeteiligung auf. Der damit verbundene frühere Eintritt ins Berufsleben führt zu einer schlechteren Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und damit zu geringem Arbeitseinkommen und erhöhter Gefahr, arbeitslos zu werden.

Wenig verändert hat sich auch in Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter. Immer noch, und neuerdings wieder verstärkt, wird bei der Ausbildung von Mädchen gespart. Beweise dafür liefert der letzte Frauenbericht über die Kürzungen sozialer Maßnahmen in der Mädchen- und Frauenarbeit ebenso wie die anhaltende, jedes vierte Mädchen in Österreich betreffende Einstellung von Eltern, das Kind werde „ja doch heiraten“. Zwei Drittel aller Lehrstellensuchenden sind Mädchen, nur ein Bruchteil des Lehrstellenspektrums kommt traditionellerweise für sie in Frage. Wo sie Traditionen brechen wollen, haben sie dem Druck von Burschenklassen und Männercliquen am Arbeitsplatz standzuhalten, so es überhaupt gelingt, eine entsprechende Lehrstelle zu finden. Noch einmal potenziert stellt sich die Problematik am Land. Zur stärkeren Verhaftung in Rollenklischees treten dort Schwierigkeiten mit der Mobilität und ein generell dürftiges Stellenangebot. Selbst die 17-jährige HBLA-Absolventin kann trotz besten Abgangszeugnisses und einer gewissen „Spezialisierung“ auf den ländlichen Arbeitsmarkt, nämlich das Gastgewerbe, keinen Job finden, weil sie ein eigenes Auto braucht, um den Arbeitsplatz zu erreichen - nachts liegt der öffentliche Verkehr lahm. Der Führerschein verlangt private Investitionen, das Auto, der Arbeitsplatz wollen bezahlt sein.

Laut Statistiken sind zwei von drei Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen als an- oder ungelernete ArbeiterInnen tätig. Die Benachteiligung hat meist schon bei der schulischen Grundbildung begonnen; die Kindern ausländischer Eltern und Kindern aus deprivierten Familien nicht immer ein ausreichendes Netz an sozialer Versorgung bietet. Nach wie vor, meinen Experten, repräsentieren Schultypen eine soziale Schichtung, sind Sonderschulen Orte für jene Kinder, die nicht die richtige Sprache sprechen oder aber in ihrer Artikulationsfähigkeit zurückgeblieben sind.

Nicht weniger rosig sieht es für einen Teil jener Jugendlichen aus, die die Universität als Stätte ihrer Aus- und Weiterbildung gewählt haben. Studien haben ergeben, dass der freie Universitätszugang nicht die gewünscht Öffnung hin zu Arbeiter- und Bauernschichten gebracht, sondern, im Gegenteil, Beamten- und Akademikerkinder gefördert hat. Verschärft werden die Ungleichheiten jetzt noch durch die Auswirkungen der Sparpakete. Bei der Österreichischen Hochschülerschaft wurde beobachtet, dass vor allem weniger Jugendliche aus Mehrkinderfamilien zu studieren beginnen, die Rede ist von einer „sozialen Selektion nach der Brieftasche der Eltern.“

Insgesamt sind die Studienanfängerzahlen in den letzten Semestern spürbar gesunken, immer mehr Maturanten gehen vor dem Antritt eines Studiums erst einmal ein paar Jahre Geld verdienen. Während des zweiten Studienabschnittes arbeiten heute bereits drei Viertel aller Studenten, auf den Schultern die Last, dabei die Mindeststudiendauer nicht zu überschreiten. Von ihrer Einhaltung sind im Zuge der Sparpakete Sozialleistungen wie Studien- und Familienbeihilfe abhängig gemacht worden. Außerdem sind die Freifahrten gefallen, was bei einem durchschnittlichen Studentenbudget von 6.500 Schilling nicht ohne Gewicht ist. Nur 12 Prozent aller Studierenden beziehen ihr Einkommen aus einem Stipendium, seine mittlere Höhe liegt derzeit bei 4.500 Schilling. Gleichzeitig explodieren die Wohnkosten. Auch in Heimen sind Zimmer um die zehn Quadratmeter kaum mehr unter 3.500 Schilling zu haben, womit die soziale Funktion des Studentenheims zumindest fragwürdig geworden ist. Die Folgen der allseitigen Bedrängnis: Einzelkämpfertum, Rückzug aus der gemeinsamen Verantwortung, aus politischem Engagement - und damit noch weniger Chancen auf Durchsetzung von Interessen. Während Studenten aber zumindest die Möglichkeit bleibt, per Wählerstimme ein politisches Zeichen zu setzen, fallen Jugendliche unter 18 Jahren als politisch Verantwortliche und Mitgestaltende unter den Tisch.

WÄHLEN KÖNNEN WÄRE WICHTIG

Die Forderung diverser Jugendorganisationen und -vertreter lautet daher, jenen, die mit 14 Jahren für strafmündig erklärt und dem Arbeitsleben mit all seinen Pflichten und Härten ausgesetzt werden, mit 16 auch das Recht zuzugestehen, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Wähler mitzubestimmen. Für Kinder steht die Forderung nach Einführung eines Grundeinkommens zur Disposition, ausgehend vom Ansatz, Kinder als eigenständige Personen mit eigenen, durchaus auch materiellen Bedürfnissen zu betrachten. Aus dieser Sicht verbietet es sich, ihre soziale Absicherung als familienpolitische

Angelegenheit zu werten und schlichtweg an das Erwerbseinkommen der Eltern zu koppeln. Statt Familienpolitik ist eine „Generationenpolitik“ gefordert, die Kinder als gleichwertige Bevölkerungsgruppe neben Alten und Erwerbstätigen begreift.

Sozialwissenschaftler bestätigen, was mit freiem Auge längst zu erkennen ist: Die starke Lobby der Älteren in der Gesellschaft hat die Verteilung der vorhandenen Mittel eindeutig zu ihren Gunsten ausfallen lassen. Abgesehen von der damit ausgelösten Aggression bei den zu kurz gekommenen Jungen gefährdet dieses Ungleichgewicht massiv die Einhaltung des Generationenvertrags. Sie wird im Wesentlichen davon abhängen, inwieweit es gelingt, Kindern und Jugendlichen adäquate Teilhabechancen zuzuerkennen.

Elisabeth Ohnemus ist Mitarbeiterin im Katholischen Zentrum für Massenkommunikation und Journalistin in Wien.